



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

378 (19.8.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186929](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186929)

Wannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Gollmann, Druckerei für Druck J. D. R. 243/244, für
Verleger: L. D. R. Gollmann, für Lohles und den Verlag redaktionell: L. D. R. Gollmann, für
Vertrieb: Franz Krieger, für Druckerei: Anton Groll, Druck und Verlag: Friedrich Dr. Hans
Hanser, General-Verleger: G. M. D. R. Gollmann in Mannheim, Druck-Verlag: General-Verleger Gollmann
Druckerei-Kont. Nr. 17900 Karlsruhe in Baden. - Preis pro Stück: 10 Pfennig Nr. 7040 - 7060

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Verantwortlicher: Dr. Fritz Gollmann, Druckerei für Druck J. D. R. 243/244, für
Verleger: L. D. R. Gollmann, für Lohles und den Verlag redaktionell: L. D. R. Gollmann, für
Vertrieb: Franz Krieger, für Druckerei: Anton Groll, Druck und Verlag: Friedrich Dr. Hans
Hanser, General-Verleger: G. M. D. R. Gollmann in Mannheim, Druck-Verlag: General-Verleger Gollmann
Druckerei-Kont. Nr. 17900 Karlsruhe in Baden. - Preis pro Stück: 10 Pfennig Nr. 7040 - 7060

Eine bedeutungsvolle Kundgebung des rheinischen Protestantismus.

Folgende Erklärung ist dem Reichsministerium, der Preussischen Staatsregierung, der Deutschen Nationalversammlung überfandt worden:

Dem hohen Reichsministerium bringen wir folgendes zur Kenntnis:

Wir rheinischen Protestanten lehnen mit aller Entschiedenheit die Bestrebungen zur Bildung einer Rheinischen Republik ab. Wir wollen nichts zu tun haben mit Plänen und Wahnvorstellungen, welche unter dem Deckmantel vaterländischer Beweggründe ihren ultramontanen Ursprung nicht verbergen können und letzten Endes deutschfremden Interessen dienen. Die vorgebliche Sorge, bei Nichterfüllung jener Bestrebungen leide die vaterländische Erbe der Rheinländer Not und nur bei staatlicher Beschäftigung könnten sie auf die Dauer beim Deutschen Reich erhalten werden, ist Irreführung und verdeckte Drohung, wir wissen uns mit diesen kirchlich-treuen katholischen Landesleuten eins, wenn wir diese Verdächtigung mit heftiger Empörung zurückweisen. Wir stellen im Gegenteil fest, daß gerade diese Bestrebungen und die gegenseitig bekannte Art ihrer Inszenierung einen Keil zwischen die Volksgenossen treiben und die im Kriege so herrlich bewährte völkische Eintracht unserer Bestreben stören. Und schließlich die Sorge ist berechtigt, daß das gesamte Staatsgebilde von Geburt an mit dem Ringe nationaler Bähmung und konfessionellen Habers befestigt sein würde.

Wir empfinden zu deutsch, als daß wir uns in einem Nebenlande wohl finden könnten, der, wie er sich auch gestalten mag, seine Orientierung nach Westen suchen und immer abhängig sein wird von den internationalen Einflüssen der römischen Kurie. Und wir fühlen uns jetzt in der Stunde der Not mit dem preussischen Staate erst recht zusammen geschworen. Wir sagen es offen vor aller Welt: Preußens Leid ist unser Leid und die Schmach, die man dem ehrlichen preussischen Namen antut, dreißt uns die Schamröte ins Gesicht. Wir empfinden es als würdevoll, jetzt über das Preußenland zu schelten und insbesondere so zu tun, als seien die Rheinländer je und je von Preußen vergewaltigt worden, und als ob sie den Tag segneten, da sie los kämen aus der „stammesfremden“ preussischen Anrechtenschaft. Wir verbitten uns für unser Teil diese Charakterisierung als „Ruhpreußen“. Wir verwahren uns dagegen, daß von rheinischer Kultur, rheinischer Eigenart und rheinischem Sonderrecht in geschäftlicher und überheblicher Weise ein Wesens gemacht wird, als käme da ein von der rheinischen Bevölkerung je und je tief und schmerzlich empfundener Gegensatz, als hätten die Rheinländer sich die Mißwirtschaft einer bodenfremden Beamtenschaft ein Jahrhundert lang nur mit innerem Ankrähen gefallen lassen.

Wir bekennen, daß wir stolz darauf waren und sind, Preußen zu sein. Wir glauben, daß der altpreussische Selbstgemessener Pflichttreue, des redlichen, Ehrfurchts und der straffen Zucht uns Rheinländern zum Segen geworden ist. Der Verbindung von preussisch-norddeutscher und rheinischer Art ist der geistige und wirtschaftliche Aufstieg unserer Provinz zu danken; erst unter preussischer Herrschaft und Verwaltung hat sich der Begriff Rheinlands als einer wirtschaftlichen und kulturellen Einheit gebildet. Wir vergessen nicht, daß Preußen die Rheinlande aus der verpesterten Kleinrenterei geistlicher Fürstentümer zusammengeführt und die ihm seit 1815 anvertraute Macht am Rhein für deutsche Art, für Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden in Treuen gehalten hat; über 100 Jahre lang betrat fremdes Feindesfuß das deutsche Land. Wir vergessen nicht, daß das seit 1609 am Niederrhein anfallige Brandenburg-Preußen die Glaubensfreiheit unserer evangelischen Vordäter in Jülich-Cleve-Berg mit starker Hand beschützt und das von ihm zuerst in Deutschland erhobene Banner der Gewissensfreiheit und religiösen Duldung nach unserm Westen getragen hat. Nur einer struppelosen Agitation, welche sonst längst verabschiedete Wunden offen hält, konnte und kann es eine Weile gelingen, die geschichtlichen Tatsachen zu verdunkeln und die glänzenden Verdienste Preußens vor einem Teile der rheinischen Bevölkerung in den Schatten zu stellen.

Es ist uns schmerzlich, über diese Dinge zu reden. Wir haben aus vaterländischen Rücksichten lange geschwiegen. Wenn aber die Stimme der rheinischen Protestanten trotz geschwiegen und der Anschein erweckt werden soll, als gäbe es keine lebhaft evangelische Bevölkerung im Rheinland, die über die Zukunft der Provinz mitzureden ein Recht hätte, so müssen wir als die Erben einer großen Vergangenheit und als Inhaber vollmächtiger Daseinsrechte Einspruch erheben. Es hat bei uns äußerliches Befremden erregt, daß die Reichsregierung geglaubt hat, mit den Führern der römisch-katholischen Kirche in Köln über die Zukunft Rheinlands verhandeln zu müssen, aber nicht im geringsten daran dachte, sich über die Stimmung der rheinischen Protestanten an gehöriger Stelle zu unterrichten. Wir verbitten es uns, daß man über unsere Gefühle und Gedanken glaubt zur Tagesordnung übergehen zu dürfen. Der mehr als zwei Millionen starke rheinische Protestantismus behauptet auf rheinischem Boden ein unverletztes Heimatrecht und darf nach seiner Geschichte und Bedeutung, nach Bildung und wirtschaftlicher Regsamkeit verlangen, daß auch seine Stimme in bewegter entscheidungsvoller Zeit gehört werde. So haben sich, von der Not und dem Gewissen getrieben, die nachbezeichneten Führer und Vertreter der evangelischen Gemeinden, die Vorstände evangelisch-kirchlicher Organisationen und Vereine zusammengesunden und geben, in der Ueberzeugung, damit die irrende Stimme des rheinischen Protestantismus auszusprechen, folgende Erklärung ab:

„Die Evangelischen im Rheinland, die Altansässigen nicht minder wie die Zugewanderten, erheben laut ihre Stimme für den ungeschmälerten Fortbestand Preußens. Weil wir Deutsche bleiben wollen, wollen wir Preußen bleiben und dem unglücklichen schwerverleumdeten Staate Friedrichs des Großen und Wilhelms I. auch in bösen Tagen die Treue halten, die er in guten Tagen um uns verdient hat. Sollte aber, was Gott verhüten wolle, der Verfall Preußens unaufhaltsam sein, so verlangen wir eine solche Neuordnung

der Dinge, welche die Provinzen und Glieder straff mit der überragenden Zentralgewalt des Deutschen Reiches verbindet. Wir wollen alle Lasten unseres unglücklichen Vaterlandes mittragen, wir sind bereit, für die Einheit Deutschlands jedes Opfer zu bringen, wir wollen aber nicht die Opfer sein in einer rheinischen Republik.“

Bonn, den 7. August 1919.

Der Vorstand des Rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes:

A. A.: D. Kremers, Pfarrer, 1. Vorsitzender, Pfarrer Niemöller, 2. Vorsitzender, Friedrich Wachs, Fabrikant, Schatzmeister.

Es schließen sich der Erklärung an: Die Evangelisch-theologische Fakultät an der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn: A. A.: Professor D. Knopf, Der Rheinische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung: A. A.: D. Leclinden, Der Rheinische Provinzial-Ausschuß für Innere Mission, Die Rheinische Missionsgesellschaft: A. A.: Direktor Spieder, Der Evangelisch-protestantische Missionsverein: A. A.: Lohmann, Die rheinischen evangelischen Arbeitervereine: A. A.: D. Weber, Westdeutscher Jünglingsbund: A. A.: Direktor Weyer, Rhein-Weißal-Bundesverband des Bundes Deutscher Jugendvereine: A. A.: Heim, Verband rheinischer Ortsgruppen des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes: A. A.: Frau Schamm-Walter, Der evangelische Verband für die weibliche Jugend Rheinlands: A. A.: Dr. Haffs, Rheinisch-westfälischer Diakonieverband: A. A.: Heim, Ferner haben sich bis zum 7. August angeschlossen: 445 Presbyterien bzw. 278 größere Gemeindevertretungen evangelischer Gemeinden, 575 evangelische Pfarrer und 575 evangelische Vereine in der Provinz. Die 48 evangelischen Gemeinden und 54 evangelischen Pfarrer in den von der Provinz abgetrennten Gebieten konnten nicht um ihre Zustimmung angegangen werden.

Erkundete Meldungen über Bestochung bayrischer Beamten in der Pfalz.

München, 19. August. (Privat-Telegr.) In dem Organ der Pfälzer Hochverräter „Freie Pfalz“ war vor einigen Tagen die Nachricht zu lesen über zwei angebliche Geheimerrisse der bayrischen Staatsregierung. Hiernach seien den Beamten in der Pfalz besondere Vorteile in der Beförderung usw. für den Fall in Aussicht gestellt worden, daß sie für die Zugehörigkeit der Pfalz zu Bayern „Stimmungen machen“ oder ihre Verfeinerung nach dem rechtsrheinischen Bayern beantragen und so die Möglichkeit schaffen, freigeordnete Dienststellen mit „altbayerischen“ Beamten zu besetzen. Diese Behauptung ist gleich der übrigen durch dasselbe Organ verbreiteten Angriffe gegen das bayerische Beamtenamt in der Pfalz von Anfang bis zu Ende frei erfunden und dient lediglich anderen durchsichtigen Zwecken.

Zum Verhängen von Pfälzer Geldern ins rechtsrheinische Bayern. München, 19. Aug. (Priv.-Tel.) Offiziell wird mitgeteilt: In der Öffentlichkeit in der Pfalz wird die Frage wiederholt verbreitet, die Regierung der Pfalz oder der Regierungspräsident der Pfalz hätten über 171 Millionen Mark Pfälzer Gelder, die für Bayern gerettet werden sollten, im November 1918 über den Rhein verschleppen lassen. Demgegenüber wird nochmals festgestellt:

Die Verbringung an Geldbeständen und Wertpapieren, die bei staatlichen Stellen in der Pfalz verwahrt waren, in das rechtsrheinische Bayern ist vom bayerischen Finanzministerium am 4. November 1918 angeordnet worden und zwar mit Auftrag, der an die Staatsbank Ludwigslofen ergangen ist. Die Regierung der Pfalz oder deren Regierungspräsident standen dieser Anordnung vollkommen fern; sie waren auch zur Einstellung eines Auftrages an die Staatsbank, die der Bankdirektion Nürnberg unterstellt sind, gänzlich zuständig gewesen. Im übrigen sei bemerkt, daß unter den 171 Mill. Mark sich rund 116 Millionen Mark rein private Depositionen befanden.

Der Regierungspräsident der Pfalz hat später nach Errichtung der Reichspublizität in Bayern bei den zuständigen deutschen und französischen Stellen mit allem Nachdruck das Verlangen gestellt, die nach Ungarn verbrachten Gelder ohne Verzug wieder an die Pfalz zurückzugeben zu lassen. Die hieraus eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen sind durch die Ordnung der politischen Verhältnisse in Bayern gegenstandslos geworden. Zur Zeit besteht nicht der geringste Anlaß zu Befürchtungen irrtümlicher Art. Soweit Depositionen von Gemeinden, Industriellen oder Privaten bei einer pfälzischen Staatsbank hinterlegt wurden, können sie jederzeit auf Wunsch des Hinterlegers nach der Pfalz zurückgebracht werden, eine Möglichkeit, von der schon vielfach Gebrauch gemacht wurde.

Generalkreuz in Oberelsaß.

Mülhausen, 18. August. (Havas.) In ganz Oberelsaß ist von der Arbeiterschaft am Montag, den 18. August der Generalkreuz erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn ihren Betrieb eingestellt. Am Sonntag morgen sollte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Ausfall ebenfalls lahmgelegt.

Erregte Sitzung der Nationalversammlung.

Weimar, 18. August. (Von unserem Vertreter.) Die erste Lesung des neuen Anleihekredits von neun Milliarden für das Jahr 1919, die heute an erster Stelle auf der Tagesordnung der Nationalversammlung stand, wurde von einem scharfen deutsch-nationalen Vorstoß gegen die Regierungsmehrheit eingeleitet, deren überhäuftes Arbeiten von dem Abg. Hugenberg als der Würde des Hauses nicht entsprechend gekennzeichnet wurde. Man sollte, wenn man dieses Verfahren mit sich selbst vereinbaren könne, doch wenigstens dafür sorgen, daß man beschlußfähig vertreten sei.

Das sei aber in den letzten Tagen dauernd nicht der Fall gewesen. Die Kritik der Bevölkerung gegen das hier eingeschlagene Verfahren sei sehr scharf. Die deutsch-nationale Fraktion wolle das nicht mitmachen und beantrage Ablehnung der Kreditvorlage, die viel zu spät dem Hause erst zugegangen sei.

Im Verlaufe der erregten Geschäftsordnungsdebatte, die der deutsch-nationale Antrag zur Folge hatte, erklärte der Reichsfinanzminister Erzberger, daß die Vorlage unbedingt beraten werden müsse. Er habe im Ausschuss nähere Ergänzungen zur Begründung der Vorlage zu machen.

Wenn sie heute abgelehnt werde, gerate man vor den Staatsbankrott. Nachdem auch noch von der Deutschen Volkspartei und den Unabhängigen gegen die Verhandlung der Kreditvorlage gesprochen worden war, wurde schließlich der deutsch-nationale Antrag, von der ersten Lesung abzusehen, gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt. In einer sehr kurzen Sitzung beschloß man auf Antrag des Abgeordneten Dr. Frundberg die Kreditvorlage an den Haushaltsausschuß zu verweisen.

Die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der Offiziere und Kapitulanten, die infolge des Friedensvertrages aus der Wehrmacht ausscheiden müssen, schloß sich an. Sie wurde, da die sofortige dritte Lesung ins Auge gefaßt war, zu einer Generaldebatte, die der Abg. Oberfohren von der deutsch-nationalen Volkspartei mit einem Bericht über die Arbeit des Ausschusses, der die Vorlage vorbereitet hatte, einleitete. Für die demokratische Partei sprach der Abg. Grünwald, der seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß vieles, was die Vorlage hätte verbessern können, im Ausschuss nicht angenommen wurde. Seine Fraktion müsse sich daher etwaige Anträge vorbehalten und werde sich im gegebenen Falle für Verbesserungsanträge von anderer Seite, das heißt also für Anträge der Reichspartei, stimmen. Die Kritik des Abg. v. Gräfe von der deutsch-nationalen Volkspartei an den Bestimmungen des Gesetzes war vernichtend. Sie gelte im Einzelnen besonders die Benachteiligungen der jungen Offiziere mit noch nicht 10jähriger Dienstzeit durch die Bestimmungen des Entwurfes und durch die Maßnahme, daß man von den Offizieren vor Gewährung der Uebergangszulage einen Nachweis der Bedürftigkeit verlange. Derartige Anträge müßten auf eine Annimosität der Mehrheit gegen den Offiziersstand schließen lassen. Daß man die Verbesserung der einzelnen Bestimmungen in die Hand des Reichswehrministers lege, sei unannehmlich, denn wie es in Preußen einen Landwirtschaftsminister gegen die Landwirtschaft gebe, so könne es auch einen Kriegsminister gegen das Heer geben.

Der deutsch-nationale Redner wandte sich dann gegen die Behandlung, die die Vorlage im Ausschuss gefunden hat, wo die Regierungsmehrheit die Vorlage ihrer eigenen Regierung in schärfster Opposition bekämpft hatte und wo sich das eigenartige Bild ergab, daß die Deutsch-Nationalen, die deutsche Volkspartei und die Demokraten die Regierungsvorlage gegen die Regierungsparteien verteidigen mußten.

Diese Ausführungen des Redners hörte die Regierungsmehrheit mit steigender Unruhe an, die sich oftmals in lebhaftesten Widerspruchsbewegungen äußerte. Im entgegenetzte der Reichswehrminister Stoske mit einer längeren Rede, in der er anfangs darauf hinwies, daß zahlreiche Offiziere und Kapitulanten in geradezu trostlosen Verhältnissen seien. Er stellte dann nochmals eindeutig fest, daß die Regierung entschlossen sei, die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Verminderung der Wehrmacht ehrlich und loyal durchzuführen. Der unabhängigen sozialdemokratischen Presse macht er den schweren Vorwurf, daß die von ihr gebrachten falschen Behauptungen über die Stärke des deutschen Heeres Frankreich dazu veranlassen werden, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzuhalten. Dann setzte sich der Reichswehrminister im Einzelnen mit der Kritik des Abg. v. Gräfe an der Vorlage auseinander und wies darauf hin, daß die Regierung gezwungen sei, die finanzielle Lage des Reiches besonders in Rechnung zu stellen. Er, wie auch der Reichsfinanzminister, der nach Herrn Stoske sprach, sagt, daß die Reichsregierung alles tun wolle, um mit den Härteparagrafen des Gesetzes, Härten, die sich bei der Durchführung der Bestimmungen ergeben sollten, abzustellen.

In der Debatte sprach dann noch am Vormittag der Abg. Stäcklin der sozialdemokratischen Fraktion, der sich polemisch gegen den Abg. v. Gräfe aussprach und besonders Drohungen aus Offizierskreisen geteilt, die man gegen die Nationalversammlung in einzelnen Fällen gerichtet habe.

Der Abg. Dr. Mittelmann wandte sich gegen die Auslassungen des Reichswehrministers, die er im Einzelnen beleuchtete. Auch er erklärte im Namen seiner Fraktion, daß sie dem Gesetz nicht zustimmen könne, wenn die grundsätzlichen Änderungsanträge, die die deutsche Volkspartei mit den Deutsch-Nationalen eingereicht habe, nicht angenommen würden.

Die Besprechung wurde dann auf 4 Uhr vertagt.

Sitzungsbericht.

(Schluß des Berichts über die Vornmittagsitzung.)

Weimar, 18. August.

Beratung des Anleihekredits.

Abg. Dr. Frundberg (Dem.): Die Vorlage ist nicht kompliziert. Jeder Kenner des Staats weiß, daß sie vollumfänglich begründet ist. Im Ausschuss besteht durchaus die Möglichkeit zu einer gründlichen Beratung. Die Rechte macht anscheinend Verfuhr zur Eile der Geschäfte.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) und Abg. Hugenberg (Dn.) bestehen nochmals auf Vertagung.

Reichsfinanzminister Erzberger: Das von den Antragstellern geforderte Studium der Vorlage ist wertlos, weil ich zur Begründung Ergänzungen zu machen habe, die ich hier nicht machen kann und die dort, warum ich in diesem Augenblick die Beratung verlegen muß. Die Annahme des Antrages Hugenbergs würde von unabsehbaren Folgen begleitet sein.

Abg. Reil (Soz.): Es ist ganz offenkundig, daß die Rechte der Regierung Schwierigkeiten machen will.

Abg. Gener. H. S.: Die Vorlagen werden hier tatsächlich in einer beispiellosen Hast eingebracht vermutlich damit sich die Fraktionen nicht vollumfänglich klar werden können. Wir werden uns feinerlei Gefahren aussetzen, wenn wir die Beratung um 24 Stunden vertagen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Die Erledigung des Gesetzes vor der Sommerpause wird durch die Annahme unseres Antrages nicht in Frage gestellt, so daß der Reichsfinanzminister Erzberger nicht zu demissionieren braucht. Der deutsch-nationale Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich werde im Anschluß weitere Mitteilungen zur Begründung machen.
 Abg. Dr. Dornburg (Dm.) beantragt Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß.
 Das Haus beschließt dementsprechend.
 Es folgt die zweite Beratung des

Offiziers-Entschädigungsgesetzes.
 Da die Möglichkeit einer sofortigen dritten Beratung ins Auge gefaßt ist, findet eine Generaldebatte statt.
 Abg. Grünwald (Dem.): Wir behalten uns etwaige Anträge vor und werden unter Umständen auch für solche von anderer Seite stimmen.

Abg. v. Graefe (D.M.): Wir sind für die ursprüngliche Regierungsvorlage zusammen mit den Demokraten eingetreten. Es ist nicht bloß eine moralische Pflicht, sondern ein Gebot politischer Klugheit, wenn in unserem Sinne vorgegangen wird. Schon hierfür in diesen Kreisen eine ungeheure Erleichterung, die auch wirklich beabsichtigt ist.

Reichswehrminister Rastke: Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage geändert, aber von ihrem Grundgedanken ist er nicht abgewichen. Doch nicht alles reiflos erfüllt werden konnte, bedauerlich ist die Frage der Versorgung von Personen, die durch den Krieg gelitten haben, darf nicht unter dem Gesichtswinkel parteipolitischer Propaganda beantwortet werden. Welche politische Gruppierung auch die Geschäfte des Reiches führt, sie muß sich nach seiner Finanzlage richten. Was in Aussicht gestellt wird, muß auch tatsächlich geleistet werden. In beiden Gesetzen ist der sogenannte Härteparagraf aufgenommen, der dem Finanzminister und mir die Berechtigung gibt, zur Abmilderung hervorgehobener Mängel des Zwischenerlasses zu veranlassen. Ich gebe die bestimmte Erklärung ab, daß davon in der wohlwollendsten und warmherzigsten Weise Gebrauch gemacht werden wird.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich stimme mit dieser Erklärung vollkommen überein. Die Reichsregierung wird alles tun, um die Lage der Offiziere und Kapitulanten auch trotz der schlechten Finanzlage nach Möglichkeit zu erleichtern.

Abg. Stücken (Soz.): Eine rechtliche Verpflichtung, den Offizieren in der Lebensgefahr zu helfen, vermögen wir nicht anzuerkennen. Wenn die Offiziere die Regierung unterstützt haben, so lag das auch in ihrem eigenen Interesse. Bei der Lebensgefahr der Offiziere in den Frontländern in Reich, Staat und Gemeinde müssen die militärischen Rangverhältnisse völlig ausschließen. Aus diesem Grunde erachten wir auch die Einführung von Schlichtungsgerichten für völlig unangebracht. Wir sind der Meinung, daß das Gesetz so gut ist, daß es einstimmig angenommen werden könnte.

Abg. Dr. Wittelmann (D. P.): Wir können dem Gesetz nicht zustimmen, wenn die unsere grundsätzlichen Abänderungsanträge ablehnen. Unsere Anträge wollen im Grunde genommen doch nicht mehr, als was die Reichstagsparteien zunächst selbst gefordert hatten.

Die Besprechung wird um 12 Uhr abgebrochen. Wiederbeginn der Sitzung 3 1/2 Uhr.

Rachmittagsitzung

Wenmar, 18. Aug. (WB.) In der Rachmittagsitzung wurde die Beratung über das

Offiziers-Entschädigungsgesetz

fortgesetzt. Der Reichswehrminister Rastke griff nochmals in die Debatte ein, um gegen die in der Presse der unabhängigen Sozialdemokraten verbreiteten falschen Jöhlen über unsere Wehrmacht Stellung zu nehmen. Er stellte fest, daß Deutschland rund 400 000 Mann unter den Waffen habe, daß darin aber sämtliche Leute eingeschlossen seien, die in Kurland, Litauen und dem gesamten Grenzgebiet leben. Er stellte ferner mit, daß bis zum 1. Oktober die Abrüstung bis auf 200 000 Mann durchgeführt sein wird.

Nur die Rechte hatte eine Reihe von Anträgen eingebracht, die im wesentlichen die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder herstellen wollten. Diese Anträge fanden jedoch nicht die Zustimmung des Hauses, und der Gesetzentwurf wurde in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien und der Unabhängigen angenommen.

Auf Vorstoß des Reichsfinanzministers wurde beschlossen, das Gesetz vom 1. September 1919 in Kraft treten zu lassen. Daselbe wird heute die Beratung des

Kapitulanten-Abfindungsgesetz

Auch hier wurde eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen der Reichsparteien abgelehnt und das Gesetz im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung verabschiedet, doch mit dem Unterschied, daß die Reichsparteien sich entschlossen, für das Gesetz zu stimmen.

Debatte wurde Johann die Ergänzung des Mannschafsvorsorgegesetzes und das Offizierspensionsgesetz und das Militär-Hinterbliebenengesetz in allen drei Lesungen erledigt, desgleichen der Gesetzentwurf betreffend Erhöhung der Pensionen für Reichsbeamte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und der Gesetzentwurf betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens.

Die nächste Sitzung wurde auf morgen 10 Uhr vormittags pünktlich anberaumt.

Deutsches Reich.

Veröffentlichung des amtlichen Materials über Entstehung und Fortführung des Krieges.

□ Berlin, 19. August. (Von unserem Berliner Büro.) In ihrer Polemik gegen den Reichsfinanzminister Erzberger richtet die Deutsche Tageszeitung in einem „Unterleibt der Volksbetrug“ überschriebenen Artikel die Anfrage an die Regierung, ob sie den Anschlag der Rede unterlassen oder ob sie auch jetzt noch eine Maßnahme durchzuführen wolle, die eine im übrigen auch das deutsche Ansehen auf das schwerste schädigende Irreführung ohnegleichen bedeuten würde? Hierzu erwidert die Deutsche Allgemeine Zeitung von maßgebender Seite: Ein Beschluß der deutschen Nationalversammlung, die Erzbergerrede anzuschlagen, hat nie existiert. In Betracht kommt lediglich die Veröffentlichung des amtlichen Materials über diese Vorgänge hinsichtlich des englischen Friedensfühlers. Das in den Ministerreden vom 24. bis 28. Juli enthaltene Material über die Entstehung und Fortführung des Krieges soll auf Kosten des Reiches im deutschen Volk verbreitet werden.

Zur Zentralisierung der Nachrichtenstellen bei den Reichsämtern.

□ Berlin, 19. August. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der Meldung von einer Zentralisierung der Nachrichtenstellen bei den Reichsämtern usw. ist zu bemerken, daß eine Einbeziehung Preußens hierbei jedenfalls ausgeschlossen erscheint. Der von uns kürzlich angekündigte Wechsel in der Leitung der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes ist nunmehr erfolgt. Minister Dr. Raumann hat die Geschäfte gestern seinem Nachfolger, Ministerialdirektor Kaufher, übergeben. Dieser wird jedoch zunächst einen dreimonatlichen Urlaub antreten.

Der Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

□ Berlin, 19. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Weimar wird gemeldet: Der Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag ist der Nationalversammlung vom Außenminister zugegangen. Der Entwurf enthält die Maßnahmen, zu denen wir auf Grund des Friedensvertrages verpflichtet sind.

Zum Wiedertritt der Demokraten in die Reichsregierung.

□ Berlin, 19. Aug. (Von uns, Berl. Büro.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung in einem anscheinend inspirierten Artikel „Demokratische Partei und Reichspolitik“ auf den Wiedertritt der Demokraten in die Reichsregierung vor. Der Artikel geht davon aus,

daß der Aussichts der Demokraten aus der Regierung ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt in der Frage der Friedensunterzeichnung ausdrücken sollte. Darum handle es sich jetzt nicht mehr. Das deutsche Volk, heißt es in dem Artikel, müsse sich mit dem Versäufel Frieden als eine gegebene Tatsache abfinden und das praktische Vorgehen darauf richten, Hilfe auf friedlichem Wege zu erwirken. Bei diesen Bemerkungen besteht zwischen der Reichsregierung und der demokratischen Partei keinerlei Gegensatz. Der Artikel weist dann in der Rede des Grafen Bernstorff auf dem demokratischen Parteitag und in der letzten Rede des Reichsministers Brücker in der Nationalversammlung nach, daß das außenpolitische Programm der Regierung und der demokratischen Partei sich im wesentlichen deckt.

Streik auf der See

□ Berlin, 19. Aug. (Von uns, Berl. Büro.) Aus Dalsburg wird gemeldet: Auf den ausgedehnten Schiffsanlagern 2 und 3 der See- und Handelskammer ist die Besatzung in den Streik getreten. Die Verwaltung ist sich genötigt, wegen der Verkündung, die von den kommunistischen Versammlungen angesetzt wurden, die Hilfe der belgischen Besatzungsbehörden anzufragen. Die Besatzungsbehörde beschließt strenge Maßnahmen gegen die Streikenden zu ergreifen.

Bis auf weiteres keine Einkäufe in Holland und Dänemark.

□ Berlin, 19. August. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die B. P. R. erfahren, hat das Reichsernährungsministerium mit Rücksicht auf die großen bereits erfolgten Einkäufe im Ausland und die gegenwärtige Spekulation, unbegründete Herabdrückung der deutschen Valuta die Reichsstellen angewiesen, bis auf weiteres keine Einkäufe mehr in Holland oder Dänemark vorzunehmen.

Die Lage in Oberschlesien.

Fortsetzung des Streiks.

Kattowitz, 18. August (WB.) Die Offiziere der ober-schlesischen Gruben und Hütten nahmen heute eine Entscheidung an, worin gegen die Behauptung, daß die Kommunisten den Streik hervorgerufen hätten, Verwahrung eingelegt wird. Der Streik brach infolge der Nichterfüllung dringender Wünsche der Arbeiter aus. Die Arbeiterschaft Oberschlesiens sei fest entschlossen, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis ihre Forderungen berücksichtigt seien.

Wiederherstellung der Ordnung.

Kattowitz, 18. Aug. (WB.) Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt mit: Im Laufe des Vormittags hat sich die Lage im ober-schlesischen Ausnahmestgebiet wesentlich gebessert. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage. Es besteht die begründete Hoffnung, daß im Laufe des Rachmittags noch sämtliche Anführer gefesselt werden können. Soweit sich die Lage bis jetzt überblicken läßt, handelt es sich weniger um polnische Banden, d. h. reguläre Truppen, als um polnische Banden. Die Verluste im westlichen Bezirk betragen auf deutscher Seite 15 Tote und 30-40 Verwundete.

Anhebung von Grenzsteuern im Kreis Pleß.

Gleiwitz, 18. August. (WB.) Im Kreis Pleß wurden heute an einer Stelle 13 scheinlich zugerichteten Weiden deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache aufgefunden. Meldungen über Grenzsteuern der Auftrichter laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da sie Plünderungen befürchtet. Alle Vorbereitungen sind militärischerseits getroffen worden.

Baden.

Baden im Reichsrat.

Nach Artikel 61 der neuen Reichsverfassung wird zur Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches ein Reichsrat gebildet, in welchem die einzelnen Länder durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten sind. Baden hat wie auch schon bisher im Bundesrat und Staatenrat drei Mitglieder. Zu Mitgliedern des Reichsrats sind Staatspräsident Geik, Minister des Auswärtigen Dietrich und Minister der Finanzen Dr. Wirth ernannt worden, zu Stellvertretern die übrigen Mitglieder des badischen Staatsministeriums sowie die drei bisherigen Vertreter Badens im Staatenrat, die ihren Wohnsitz in Berlin haben.

Betriebsrats-Wahlen?

Da das Reichsgesetz über die Betriebsräte trotz der starken Belastung der Reichsbehörden und der Nationalversammlung in den letzten Wochen mit allem Nachdruck gefördert wurde, ist sein baldiges Erscheinen zu erwarten. Wenn die endgültige Fassung auch nicht die letzten Wünsche der in ihren Ansichten weit auseinander gehenden Parteien befriedigen wird, so erhält doch die Arbeiterschaft eine Basis, auf der sie sich mit großem Erfolg zum Wohl der Allgemeinheit verantwortlich betätigen kann. Unter diesen Umständen muß es bestritten, daß in Mannheim ein Teil der Arbeiterschaft darauf geht, Betriebsräte zu wählen, ohne deren gesetzliche Regelung abzuwarten. Das Vergehen entbehrt der gesetzlichen Grundlage, und es könnte den ganzen Betriebsratsgedanken in Mißkredit bringen und damit vor allem die Arbeiterschaft selbst schädigen, wenn in einer vorläufigen, durch die Gesetzgebung nicht gebilligten Weise versucht würde, jetzt schon neu gewählten Betriebsräten irgend welche praktische Geltung zu verschaffen. Die Arbeitgeber würden sich der Gesetzgebung mißfällig machen, wenn sie solchen Bestrebungen nachgeben wollten; sie können gar nicht anders, als sie ablehnen. Es ist deshalb zur Vermittlung von Störungen des Wirtschaftslebens dringend zu hoffen, daß die derzeitige Betriebsratsbewegung in Mannheim sich auf die Ziele beschränkt, die einschlägige Arbeitervertreter ihr zumeisten, d. h. daß die stattfindenden Wahlen nur als Probe wahlen aufgeföhrt werden und den Zweck haben, die Teilnahme an den von der Handelskammer in Mannheim für Anfang Oktober in Aussicht genommenen Unterweilungskursen für Betriebsräte auszusuchen. Auf alle Fälle muß sich die Arbeiterschaft vor Augen halten, daß sie die Regierung zu Gegenmaßnahmen zwingen würde, wenn ein ungesetzliches Vorgehen zu Störungen in den Betrieben führen sollte.

Gegen die Ueberführung der badischen Feldzeichen nach Berlin merdet sich der „Bad Beob.“ in folgenden Ausführungen: Es ist zwar richtig, daß das 14. (badische) Armeekorps einen Bestandteil der preussischen Armee bildet, jedoch sollte sich das Korps im Frieden bestmöglichst selbstständig ausbilden und sich als selbständige Truppenteile zusammen, und nur wenige preussische Formationen waren ihm zur Ergänzung zugeteilt. Es wäre nun uns Bodnern ganz unverständlich, wenn außer den Feldzeichen dieser preussischen Formationen auch die Fahnen und Standarten unserer badischen Truppenteile nach Berlin verbracht werden würden. Wäre nicht die Landeshauptstadt Karlsruhe, die als ehemalige Residenzstadt ohnehin so manches verloren, der einzig richtige Aufbewahrungsort für die badischen Feldzeichen? Man werde nicht ein, daß die Sache zu unwichtig sei. Es handelt sich für kommende Geschlechter um Erinnerungssachen aus großer Zeit. An einem würdigen und geschützten Aufbewahrungsort für die badischen Feldzeichen wird es in Karlsruhe nicht fehlen. Ginge die Ueberführung der badischen Feldzeichen nach Berlin tatsächlich mit Wissen der badischen Reichsregierung (Ministerium für militärische Angelegenheiten) vor sich? Wir Bodner verlangen dann, daß sie als bald hierher zurückgebracht werden; zu einem späteren Zeitpunkt würde dies sehr viel schwieriger sein.

Von zünftiger Seite wird jetzt mitgeteilt, es handele sich bei der Ueberführung der Feldzeichen des 14. A. R. nach Berlin lediglich um eine Vorstufmaßnahme, da Anfang Juni bei einer Richtungsänderung des Friedensvertrages mit einem Einmarsch der Entente-Truppen gerechnet werden mußte. Ueber die endgültige Unterbringung der Fahnen schweben z. Z. noch Verhandlungen.

Letzte Meldungen.

Der Kampf um den Friedensvertrag in Washington.

Paris, 18. August. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Haltung des Präsidenten Wilson zur Folge, daß die demokratischen Senatoren entschlossen sind, alle Anstrengungen aufzugeben, um mit den Republikanern bezüglich der Vorbehalte für den Friedensvertrag zu einem Einvernehmen zu kommen. Die Demokraten wollen auf den Redefeldzug, den sie für die nächste Woche geplant hatten, um die vorgeschlagenen Zusatzverträge zu bekämpfen, verzichten. Senator Hitchcock erklärte es könne nötig werden, später die Zusatzverträge anzunehmen. Zur Zeit sei dies jedoch ungewiss. Die Demokraten sind der Ansicht, daß, wenn der Senat den Vorbehalten zustimme, dies im Ausland so aufgefaßt werde, als ob die Vereinigten Staaten zum Völkerbundvertrag nur ein beschränktes Zutreten hätten. Senator Lodge wiederholte, er werde für die Zurückweisung des ganzen Vertrages stimmen, falls die Mehrheit des Senates geneigt sei, nur unbedeutende Zusatzverträge anzunehmen.

Der Postverkehr mit Frankreich.

Basel, 19. Aug. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Wie aus Paris gemeldet wird, können von jetzt ab wieder Geschäftsbriefe, Kataloge, Tarife, Preislisten und Muster nach Deutschland geschickt und aus Deutschland bezogen werden. Kein private Korrespondenzen dürfen dagegen nur auf Postkarten erledigt werden. Auch Einschreibungen sind wieder zugelassen.

Automobilklub französischer Beamten in Straßburg.

Paris, 18. Aug. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Nach einer Straßburger Meldung sind Millerand und Boulet am ersten Tage des Besuchs des Präsidenten Polnarcé im Automobil verunglückt. Boulet, der Kommissar der französischen Republik in Colmar, wurde schwer, Millerand dagegen nur leicht verletzt.

Die erste Million Tonnen Kohlen für Frankreich.

Berlin, 19. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Genf wird gemeldet: Wie die Agence Havas der französischen Presse mitteilt, haben die von deutscher Seite zu erwartenden Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet jetzt ihren Anfang genommen. Die erste Lieferung ging sogar über die vereinbarte Menge hinaus. Sie beträgt statt 883 000 Tonnen über eine Million Tonnen für den ersten Monat.

Errichtung der größten Funkstation der Welt.

Berlin, 19. August. (Von unserem Berliner Büro.) Nach dem Pariser Express wird demnächst bei Bordeaux von einer amerikanischen Gesellschaft im Auftrag der französischen Regierung die größte Funkstation der Welt errichtet werden, die täglich 72 000 Wort telegraphieren soll, und zwar bis zu einer Entfernung von 21 000 Kilometer.

Bewegungsfreiheit des Ankers.

Amsterdam, 18. Aug. (WB.) Das Allgemeine Handelsblad meldet, daß sich der ehemalige deutsche Kaiser wieder außerhalb der Tore des Amerongen Schlosses bewegt und mit dem Grafen Renzil Spazierfahrten in die Umgebung mache.

Ankunft weiterer deutscher Kriegsgefangener.

Rotterdam, 18. August. (WB.) Nach dem Rieuwe Rotterdamchen Courant ist der Dampfer „St. Denis“ mit 372 verarmten deutschen Kriegsgefangenen Offizieren und Mannschaften aus England in Rotterdam eingetroffen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgt mittels Lazarettzug.

Anschluß Westungarns an Deutsch-Oesterreich.

Zürstorf, 18. August. (WB.) An den Kommandanten der magyarischen Brachialgewalt für Westungarn, Oberst Leber, wurde von 231 Gemeinden Westungarn ein Telegramm geschickt, in dem er von dem Anschlag des an Steiermark angrenzenden Teils von Westungarn an Deutsch-Oesterreich benachrichtigt und aufgefordert wird, seinen Versuch zu unternehmen, den einstimmig und unbedenklich geäußerten Volkswillen zu beugen; er würde sonst auf verzweifelten Widerstand stoßen. An die Entente-Mission wurden gleichfalls Depeschen abgefaßt, in denen ihnen entsprechende Mitteilung gemacht wurde. Heberall herrscht wie das Wiener Korrespondenz-Bureau berichtet, in Westungarn und Eisenburger Komitat ungeheurer Jubel; auf den Höhen brennen Freudenfeuer.

Verteuerungseinschränkung in Oesterreich.

Wien, 18. August. (WB.) Wegen der Kohlennot wird am 19. August bis auf weiteres auf der Südbahn der Schnellzugverkehr gänzlich eingestellt.

Große Niederlage der Bolschewisten.

Amsterdam, 18. August. (WB.) Das Pressebureau Radin meldet, daß die Bolschewisten in der Nähe von Alexanderstaja-Gorka eine große Niederlage erlitten haben, die neu organisierten russischen Truppen haben diese Stadt besetzt. In der Nähe des Bahnhofs Bobleno ist das Sowjetregiment zu den estländischen Streitkräften übergelaufen.

London, 18. August. (WB.) Reuter meldet amisch: Es wird berichtet, daß die Bolschewisten von der Bevölkerung aus Obeffa vertrieben worden sind. Es heißt ferner, daß sie im Begriffe sind, die ganze Ukraine zu räumen.

Explosion eines Munitionslagers.

Bern, 18. August. (WB.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Raubouge hat im Unormalen vorgefallen eine zweite Explosion eines Munitionslagers stattgefunden, der abermals 8 deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Die Arbeiterbewegung in Spanien.

Paris, 18. Aug. (Eigener Drahtbericht indirekt.) Wie der „Temps“ aus Madrid meldet, ist die Lage in Barcelona durch die Ausspernungserklärung der Arbeitgeber noch ernstlicher geworden. Es werden dadurch 80 000 Familien der Unterhaltungsbedürftig und das Ansehen der Gewerkschaft wird dadurch beeinträchtigt. Die Regierung wird, durch die Arbeitgeber gemacnt, die nötigen Vorsichtsmaßnahmen treffen, um die öffentliche Ordnung zu sichern, falls durch die Arbeitseinstellungen Schwierigkeiten entstehen. Die Arbeiterbewegung nimmt im großen und ganzen in allen großen Städten ihren Fortgang.

Verhaftungen in der Schieberangelegenheit.

THO. Eberfeld, 18. August. Die in der Anstaltsverwaltung der Eisenbahnschiebungen wiederholt genannten Kaufleute Friedebert und Dorschows sowie der Eisenbahndirektor Siegel sind, wie man dem „Gen-Ans.“ meldet, verhaftet worden. Friedebert und Siegel haben in Verdacht des Verbrechenvertrages gegen den Eisenbahnschieber Kauerer. Siegel soll einen das Material für ihre Wachenstellen geliefert haben.

Schiffsführer entlassen.

THO. Delfsdorf, 18. Aug. Der Kapitän des vor einiger Zeit bei der letzten Reichsraus einseleierten 300 000 Takt-Geschiff ist jetzt in der Person eines Reichsrausmannen durch Schiffsverwalter entlassen worden.

Amliche Versteigerungen der Stadtgemeinde

Mittwoch, den 20. August gelten folgende Auktionen:
I. Die die Verkaufsauctionen.
1. Die die Verkaufsauctionen...

Nachlaß-Versteigerung.

Die zum Nachlaß der verstorbenen Frau Karoline Schmolz Witwe, geb. geb. verstorben ist am Mittwoch, den 20. August ds. Js., nachmittags 2 1/2 Uhr...

K 3, 17 (Hof links)
Küchenschrank, Porzellan, 1 Einbaum, 1 K. Dessert...

Theodor Michel, Dettingen.
Räthe Lang, Karl Bärenklau, Verlobte...

Stadt Karten.
Franz Kropp, Veronika Kropp, geb. Hoffsch, Vermählte...

Stadt Karten.
Die glückliche Geburt eines gesunden Sonntagmädels...

Von der Reise zurück Dr. Hübner

Von der Reise zurück Dr. Schumacher, Augenarzt

Dr. Sack, Spezialarzt für Hautkrankheiten...

Ausschneiden! Alter Gold- und Juwelenschmuck...

Cognac Bisquit Dubouché greifbar Ludwigshafen...

Zwei 3 Tonne Last-Kraftwagen, Ein „Preston“ Personen-Kraftwagen...

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme...

Für Lastkraftwagen-Besitzer Vollreifen und Holzisenbereifungen werden ab- und aufgepresst...

Zivil-Kriminal-Detektiv. Sachen, Ermittlungen, Beobachtungen, Ueberwachungen...

5000 Mk. Belohnung bei Mord u. Einbruch Alarm-Türsicherung „Ce-Fa-Te“...

Geschäftsverlegung. Meiner verehrten Kundenschaft, dem verehrten Publikum zur gefälligen Kenntnis...

Ackerverpachtung. Das Grundstück Mannheim wird am Freitag, den 22. August ds. Js., vormittags 9 Uhr...

Frühweischen! Wegen Einlieferung von Körben liefern ich veränderte Ware...

Patentfröste. Holz, welche auch geg. gebr. Fröste...

Mittelschnitt. Habe sofort in Mannheim greifbar 6 Zentner...

Rauch- u. Blatt-Tabak abzugeben. Otto Klein, Saarbrücken...

Tabak-Spezialhaus. erbitte Angebote geg. Probe für engl. u. amer. Tabak...

Herde und Oefen. Reparaturen, sowie Gehe, Kupen u. Eisenwaren...

Deck-Hengst. kleiner runder Hengst, 6 Jahre alt...

Geldverkehr. Selbstgeber verleiht schnell Geld...

Darlehen. gegen Schulden, Möbel, u. sonstige Sicherheit...

6000 M. gegen sehr hohen Zins aufzunehmen...

Geld. gegen monatliche Rückzahlung, verleiht...

Wertpapierbesitzern. die eine bestimmte Beizung ihrer Angelegenheiten...

Freiwill. Versteigerung.

Mittwoch, den 20. August ds. Js., nachmittags 2 Uhr werde ich im Versteigerungslokal hier Q 6, 2...

Immobilien-Versteigerung.

Montag, den 1. September 1919, vormittags 9 Uhr, wird im Rathsaussaale hier, die den Erben der Johannes Schumacher III, Eheleute von Langenlothe...



Weinbrand Cognac Marke

"Goldstück"

Jacob Stück Nachfolger Hermann & Co
Cognacbrennereien

Rosengarten - Neues Theater Wiener Operettenspiele

Dienstag, den 19. August 1919
Zum letzten Male:
Wiener Blut
Operette in 3 Akten von Eilmar Leon und Leo Stein
Musik von Johann Strauß
St. 107 Ende 10 Uhr.

Künstlertheater 'APOLLO'

Heute und folgende Tage
abends 7 1/2 Uhr 5530
Das neue Varieté-Programm.

Kabarett Rumpelmayer

Der kolossale Erfolg: Opernsängerin Fel. Josefa Reichardt aus Wien in ihrem glänzenden Sketch.

Der Maskenball

Musik von Robert Stolz, mit ihrem Partner: Operettensänger Rudolf Schmidt aus Wien 570

zusammen:
Willy Rejale Carter Dews
genannt der Kleine Dörry
Otto Reutter usw.

mit seinen urkomischen neuen Vorträgen.
Täglich 4 Uhr Tanz-Tea m. Vorträgen

Ballhaus

Heute, Dienstag, den 19. August
von 8-11 Uhr

KONZERT

der Kapelle des ehemaligen Grenadier-Regiments
Leitung Herr Stumpfmeier Heilig 50070

Zirkus

Hermann Althoff

Mannheim, Messplatz.

Das neue Programm!

Ernst Planer, Kanonenkönig,
2 Imperators, Trampolin-Vollgeure,
2 Wiston's, Handakrobaten,
Victor und Arsene
Glediatoren in Pierds, sowie das übri-
ge Attraktions-Programm.

Mittwoch, den 20. August:
2 Grosse Vorstellungen 2
um 4 Uhr und 8 Uhr.

Karten-Vorverkauf: 5261
Zigarrenhaus Aug. Krenner, Paradeplatz.

Deutscher Bankbeamten-Verein

Ordentl. Hauptversammlung

Dienstag, den 19. August 1919,
abends 7 1/2 Uhr

Loge „Karl zur Eintracht“, L 8, 9

Tagesordnung:
Bericht und Neuwahl des Vorstandes,
Anträge,
Verschiedenes.
Vollständiges Protokoll unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Internationale

Einfuhrmesse

Frankfurt am Main

Offen für die Beschickung aus dem In- und Ausland.
Anfragen und Anmeldungen an das Mess-Amt Frankfurt am Main, Festhalle.

1. bis 15. Oktober 1919

Fliegen töten
Ist Pflicht eines Jeden
Schützt Euch gegenseitig vor
Übertragung anfechtender
Krankheiten (Malaria, Cholera,
Typhus usw.) durch den bei
Belästigen u. Krankenanhaften
bestens bewährten
Original-Fliegenbier
= „Ludi“ =
der Firma 1919
Ludwig & Schöthel
O 4, 3, Drogenstr. O 4, 3
Tel./352 u. 7715
u. Filiale Friedrichsplatz 17
Telephon 4966.

Elektr. Klaviere
Orchestrions
Handspielplanos
empfehlen präpariert
Mannheimer Musikwaren
Schmid, Deggelbauer
P 3, 11. Haus

Colosseum-Lichtspiele, Messplatz

Fern Andra! Programm vom Dienstag bis Donnerstag
Nur 3 Tage! Fern Andra!

Zwei Menschen

Das schönste Drama der ganzen Fern Andra-Serie!
Fern Andra! 5-Akter! Fern Andra!

Zwei nette Rangen,

Lustspiel
in 3 Akten

Ab Freitag! Grösste Sehenswürdigkeit! Ab Freitag!
4-Akter **Die blonde Magda** 4-Akter
Erster Ungarischer Star-Kunstfilm 1919.

Colosseum-Lichtspiele

Ab 22. August
Das grosse, einzig schöne
japanische Inszenierungsgemälde

Die Augen von Yade

Eine Liebestra- gödie aus dem
Lande d. Sonne in 5 Akten.

Dieses hervor- ragende Werk
wird durch die gik der Oe-
der zahlreichen schelmissa und
lichen seiner Ueberrasch-
halt die innigste lung unweifel-
des Publikums Anteilnahme
erregen. 5022

Im

VOLKS-Theater

U 1, 6.

Professor Wilhelm Bopp

Klavierklassen für Vorgesessene
und für höhere pianistische
Ausbildung.
Unterricht in Gesangs-Vortrag,
Vortragsstudium für Oper u. Konzert
Vocals mit schriftliche Auftragen und
und Anmeldungen D 2, 3, 2. St. 5055

Tanz-Institut J. Schröder.

Meine Spätjahrskurse

beginnen Anfangs September, wegen un-
gezügelter Anmeldungen, wegen Einstellung in Gesellschaften,
höflichst bittet 50507

J. Schröder, B 7, 14.

Tanzlehrer

welche an Hand von kleinem Muster
sich in ihren Kurzen guten Neben-
berufes überreden wollen, mögen
ihre Adresse senden an 50550
H. Haase, Neuffen (Wbhg.)

Vereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener Mannheim.

Mittwoch, den 28. August 1919, abends 8 Uhr, im
oberen Saal des Hofes, Q 2, 16

Protest-Versammlung

gegen die kriegsministerielle Verfügung betr.
Schwundnachzahlung.
Redner: Kommandant Alfred Weiss.
Der Wichtigkeit der Frage wegen ist es Pflicht der
Mitglieder und aller ehemaligen Kriegsgefangenen persönlich
zu erscheinen. 5076

Der Vorstand.

Div. Personen-Auto's

ersch. Fabrikate (Benz, N.S.U. Opel etc.) offen aber ge-
schlossen, mit oder ohne Versicherung laufen 5080

P. Schmidt, Mannheim, Luisenring 56.

Günstige Gelegenheit für Grossisten.

Schokolade

123 Kisten à 450 Tafeln — 55.350 Tafeln à ca. 100 gr
rechtserheinisch hergestellt, 5070

— preiswert abzugeben. —

Karl Ritzheim

Großhandlung, Ludwigshafen a. Rh.
Orgelstr. 49. Telephon 532.
Telegr.-Adr.: Ritzheim, Ludwigshafen.

Buch über Ehe

mit Abbildg. von Dr. Retan. Preis 2.50, Nachh. 1.50.
A. H. Hubrich, Dortmund-42, Siegfriedstr. 11.

Vorzügllicher naturreiner

Rotwein p. Ltr. M. 9.00
Pfälzer Weißwein „ „ 8.60
Bei Weinabnahme billiger. 50654

Weinhandlung Max Pfeiffer

Keplerstrasse 32. Telephon 5128.

Schmalz - Reis - Speck

sowie sämtliche Lebensmittel, Proben, Wein, Cognac
und technische Artikel von ausländischen Firmen, die in
besten Gebieten große Lager unterhalten, haben durch
mich mit Bestehen, Sommerurlauben, Sommerreisen
Großhandel und Industrie in Verbindung zu treten.
Stets großes Lager. Anfragen an 507

L. Hufanus, Mannheim, Hauptstr.

Telephon 6174.
Januarabschluss vom 20. Mai 1919. — Vertreter, die mit
der unvollständigen Buchführung vertraut sind, gesucht.